

# Danziger Zeitung.

Nr. 12953.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettelerhagergasse Nr. 4, und bei allen Deutlerischen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Zeitung 5 M. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1881.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Paris, 22. Aug. Bis jetzt sind 250 Wahlen bekannt, davon gehören 201 den Republikanern, 20 den gegnerischen Parteien; 29 Stichwahlen sind wahrscheinlich. Die Republikaner haben 28 Sitz gewonnen, die Bonapartisten 4 verloren. Wiedergewählt sind Moinsie, Constance, Bischof Freppel, Ferry, Cochery, Choiseul, Mercere, Rouvier; nicht wiedergewählt sind Leon Renault und Bardou. Im ersten Belleville Bezirk erhielt Gambetta 4519 von 8904, der Gegenkandidat Lacroix erhielt 3536 St., die absolute Majorität betrug 43 Stimmen; im zweiten Belleville Bezirk erhielt Gambetta 4895 von 10 046, der Gegenkandidat Revillon 4116 St. Gambetta siegte hier mit nur 1 Stimme über die absolute Majorität. In Paris sind außerdem gewählt: Pelletan, Clemenceau, Greppu Spuller, Delafosse, Caffé, Floquet, Lachry, Barodet, Brisson, Allain-Farge, Lamefoss, Frebault, Marmonier, Herisson, Tirard, Cantagrel, Louis Blanck, Berlan und Farcq, sämtlich Republikaner.

## Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Petersburg, 21. August. Die „Nowaja Gazeta“ macht in ihrer heutigen achten Nummer bekannt, daß sie zu erscheinen aufhort.

Bukarest, 21. August. Der „Romanul“ sagt: Seit einiger Zeit greifen österreichisch-ungarische Blätter mit wetteifernder Heftigkeit die rumänische Regierung, die Nation und den König an, indem sie sich auf falsche Gerüchte stützen, deren Unwahrheit ihnen bekannt sein dürfte. Das genannte Blatt behält sich vor, diese Angriffe zu geeigneter Zeit zu beantworten.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 22. August.

Wir betrachten es als ein in unserm Sinne günstiges und darum äußerst dankenswerthes „klarendes Ereignis“, daß der Reichskanzler zwei Monate vor den Reichstagswahlen, also gerade zu der für eine Einwirkung auf diese geeigneten Zeit, durch seinen Herrn Professor Wagner „zum Volke herabgestiegen“ ist und durch diesen seinen staatssozialistischen Lehrer und Propheten das Tabaksmopolit als einen der entscheidendsten Punkte in die Wahlbewegung hat werfen lassen. Die Wähler im ganzen Reich wissen es nun, daß sie an der Wahlurne vor Allem auch darüber zu entscheiden haben, ob einer der werthvollsten, günstig auch auf Ackerbau und Handel wirkenden Industrien, fast die einzige, in denen wir allen anderen Staaten überlegen sind, zerstört werden oder erhalten bleiben soll. Sie werden daher sicher nicht ermangeln, die Frage des Monopols als einer der dringendsten den Reichstags-Candidaten vorzulegen und sich genau darüber zu vergewissern, ob der zu Wählende mit ihren Ansichten übereinstimmt und eine Gewähr dafür giebt, daß er darnach im Reichstage handeln wird.

Seit einer Reihe von Jahren sind die verschiedensten Mittel angewandt worden, um den Wunsch nach Einführung des Tabaksmonopols zu realisieren. Als Herr v. Beningen Weihnachten 1877 nach Pariz berufen und ihm eine Stelle in der Regierung angeboten wurde, erfuhr er auch, daß das Monopol in Vorbereitung war und man ließ ihn merken, daß einer der Preise, welchen die Nationalliberalen zu zahlen hätten, wenn ihnen ein Anteil an der „gouvernementalen Initiative“ gewährt werden sollte, der sei, im Reichstage eine Mehrheit für das Tabaksmopolit zu schaffen. Nachdem die Nationalliberalen die Frage studirt und die Durchführung des Planes als im Interesse des Landes für schädlich erkannt hatten, war von der Verfassung von Liberalen in die Regierung nicht mehr die Rede.

Es ist eine Enquete veranstaltet worden, welche eine geeignete Grundlage für das Monopol schaffen sollte, und die Enquetecommission sprach sich mit überaus großer Majorität gegen das Monopol aus. Der Reichstag sprach, als er im Jahre 1879 eine erhöhte Tabaksteuer bewilligte, es klar aus, daß die Bewilligung nur in der Erwartung erfolge, daß damit die Monopolprojekte befeiert würden, daß man der Jahre lang abgeheizte Tabakindustrie nun endlich Ruhe lassen werde. Den abgetretenen Reichstag hat man denn mit Monopolprojekten auch nicht weiter befeiert, weil derselbe sich zu sehr für die Ablehnung des Planes engagirt hatte. Was der alte Reichstag nicht geleistet, das soll nun der neue zu Stande bringen. Wir hoffen aber, derselbe werde noch viel weniger sich auf die Monopolprojekte einlassen, als der alte. Gefahr würde erst vorhanden sein, wenn die Interessenten, durch die Jahre lange Pege müde gemacht und in Hoffnung auf eine ausgiebige Entschädigung, sich in ihrer Mehrheit für das Monopol aussprächen. Diese Hoffnung würde natürlich getäuscht werden; denn im Falle einer den Interessenten gewährten ausgiebigen Entschädigung würde das Monopol nicht einträglich sein. Erst dann, wenn der Staat ohne wesentliche Zahlung einer Entschädigung die jetzigen Verdienste der Interessenten zum größten Theile confiszierte, würde das Monopol in absehbarer Zeit einen bedeutenderen Gewinn abwerfen, wenn auch immer noch nicht die ungeheure Summen, welche man sich davon verspricht.

Es wird jetzt ein neues Pferd als Vorspann vor die Monopolprojekte gespannt: Herr Professor

Wagner hat jüngst in einer Wählerversammlung in Barmen, nachdem ihn vorher der Herr Reichskanzler in Rüfung in seine Pläne eingemischt, gesagt, es handle sich darum, den großen Gewinn beim „Zwischenhandel“ auf den Staat zu übertragen, um damit das Alterversorgungswesen zu dotiren.“ Die „Nord. Allg. Ztg.“ heißt nun in ihrer neuesten Nummer diesen Auspruch, ihn bestätigend, an hervorragender Stelle mit und empfiehlt den darin angeblich liegenden erhabenen Gedanken mit folgenden, aus der Sprache des Socialismus entlehnten Lobpreisungen:

„Der Ertrag des Tabaksmonopols soll das Patrimonium der Armen werden. Dieser Gedanke ist sicher ein wahrhaft großartiger, und scheint es demselben gegenüber gleichgültig, ob man darin praktisches Christentum oder Staatsocialismus erblicken will. Die Ausführung dieses Planes wird den Enterbten der Gesellschaft, welche von ihrer Hände Arbeit leben, die Sorge vor derjenigen Zeit beseitmen, in der sie nicht mehr arbeitsfähig sein werden, und ihnen statt dessen die friedvolle Aussicht eines gesicherten Alters gewähren. In keinem Lande und unter keiner Regierung ist bisher eine solche friedliche Lösung der sozialen Frage auch nur versucht worden, noch nirgends hat der Staat es verstanden, daß jene unzweifelhaft christliche Element, das in den Lehren der Socialisten liegt, nämlich den Schutz des Schwachen und Unvermögenden, der Ausbeutung durch die socialdemokratischen Agitatoren zu entreißen und sich selbst dasselbe angewiesen.“

Dass die Arbeiter durch diese Verheißen und durch diese Plünderei der sozialistischen Phrasen sich für das Monopol gewinnen lassen sollten, ist am allerwenigsten zu befürchten. Gerade in den Schichten der industriellen Arbeiterbevölkerung, welche von dem staatlichen Zwangs-Arbeiterversicherungswesen betroffen werden würden, ist man sehr misstrauisch gegen alle solche Lockungen und Verheißen. Das Monopolprojekt ist um mehrere Jahre älter, als die Beschäftigung des Fürsten Bismarck mit dem staatlichen Zwangsversicherungswesen, und ebenso wenig, wie die großen Verheißen sich erfüllt haben, welche an die Bewilligung der neuen hohen Zölle und Steuern vor zwei Jahren geknüpft wurden, ebenso wenig dürfen sich jetzt die den Arbeitern gemachten Verheißen erfüllen. Das Monopol werden wir, wenn es einmal bewilligt ist, niemals mehr los; mit der staatlichen Altersversicherung ist es aber schon wegen der ungeheuren Schwierigkeit der Materie ein sehr problematisches Ding. Wir sind zwar überzeugt, daß die Errichtung des bezeichneten Projektes noch Jahre, vielleicht noch Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird; wir glauben aber kaum, daß die angeblichen Vortheile derselben noch einem unter den heute Lebenden zu Gute kommen werden.

Der Straßburger Correspondent der „Germania“ präsentiert sich jetzt als geschickter Märchenerzähler. Nach Andeutungen „von gut unterrichteter Seite“ hätte Fürst Bismarck nichts Anderes im Sinn, als ein nach französischem Muster zugeschnittenes Concordat. Wenn wir keine anderen Sorgen hätten als diese, so würde uns die Korum-Affäre außerordentlich kalt lassen. Der Ausgang der letzteren wird, wie es scheint, der sein, daß Dr. Korum von dem Bischofsseite dispergiert wird und die Abänderung der Maigesetze vorbehalten bleibt. Die Nachrichten, daß durch anderweitige Verwendung der Herren Melchers und Ledochowski die erzbischöflichen Stühle in Köln und Posen-Gnesen demnächst auch nach kirchlicher Auffassung erledigt und damit die Möglichkeit der Wiederbesetzung derselben geschaffen werden soll, ist schon so oft durch die Presse gegangen, daß man nachgerade die tatsächliche Bestätigung derselben abwarten muß.

Je näher der Wahlermin heranrückt, desto mehr beginnt sich der Gegensatz zwischen den Conservativen und dem Centrum zu verschärfen. In Berlin ist die Mehrheit des dortigen Centrumsvereins freilich durch Herrn Cremer ins rein conservativen Lager hinaufgeföhrt; die zurückgebliebenen Mitglieder dieses Vereins — ein Theil ist ausgegetreten — sind nach einzelnen in der letzten Versammlung derselben gefallene Äußerungen noch viel eifrigere Verehrer Bismarcks, als die Mehrzahl der alten Conservativen. Es liegen aber bis jetzt auch keine Anzeichen dafür vor, daß diese Cremerische Richtung auch unter der bisherigen Wählerschaft des Centrums im Lande Zustimmung gefunden hätte, und die Organe des Centrums bemühen sich, die weitere Verbreitung der Berliner Spaltung zu verhindern, sie warnen, sich mit den Conservativen zu türen, prinzipiell für deren Candidaten zu stimmen, ja eine Herrn Majunka zugeschriebene Correspondenz in ultramontanen Blättern räth den Centrumswählern, bei einer Stichwahl lieber einem Fortschritter oder einem Juden als einem Conservativen ihre Stimme zu geben. Herr Stöder hatte jüngst in einer Berliner Versammlung erklärt, für Herrn Cremer könnten die Conservativen stimmen, weil derselbe auf dem Boden der Conservativen stehe; einen Centrumsmann wie Majunka würden die Conservativen natürlich nicht wählen. Dazu sagt die neueste Nummer der „Germania“:

„Durch die jüngste Erklärung dieses geistigen Hauptes der Berliner conservativen Bewegung sind alle die schönen Redensarten, mit welchen man die Stimmen der Berliner Katholiken einzufangen sucht, auf ihren rechten Werth oder vielmehr Unrecht zurückgeführt, und die Katholiken in der Provinz, denen man die Wahl von conservativen Candidaten zumuthet, können es sich ebenfalls merken, daß Herr Stöder nur eine „Burzufstellung“

des Culturkampfes hinter die wirthschaftlichen Aufgaben münscht, daß er dem katholisch confessionellen Bewußtsein der Gegenwart nicht gerecht werden will, sondern höchstens den Bedürfnissen der Katholiken, d. h. vermutlich, vermittelst der Politik des Julieregesetzes; denn bisher hat keine maßgebende Stimme seiner Fraktion sich über die unselige Politik der „discretio-nären Vollmachten“ hinaus engagiert.

Wesentlich verschärft wird der Gegensatz dadurch, daß der von der Richtung der „Germania“ abtrünnige Herr Cremer von den Conservativen der agrarischen Richtung Minnigerode-Mirbach in die Redaktion von deren Organ, dem „Dtch. Ztg.“ berufen ist und dort mit dem ihm eigenen Eifer die Richtung der „Germania“ und des Centrums bekämpft. Zu obigen Äußerungen der „Germania“ sagt das conservative Organ:

Aus diesen hämischen, Dichtung und Wahrheit mit geschickter Berechnung mischenden Auslassungen geht das Eine wenigstens sehr deutlich hervor, daß das Streittheit der antifortschrittlichen Wahlbewegung in der Beziehung für die „Germania“ die Erfüllung eines Herzenswunsches bedeuten würde. Uns überrascht das nicht, denn bisher hat die „Germania“ jeden in der Bewegung vertretenden Zweit nach allen Möglichkeiten zu schützen versucht. . . . Die ausschließliche, absolute Betonung des allereinfachsten Parteidankpunktes verfangt auf die Dauer nicht, und wenn jetzt gar die unbändige Zugehörigkeit zur Partei in Form einer kritischen Unterwerfung unter jeden von den gerade in vogue stehenden Führern darüber entscheiden soll, wer noch auf das Prädicat „katholisch“ Anspruch zu erheben hat und wer nicht dann arbeitet die Parteidiscipline in eine Tyrannie aus, gegen welche die Reaction nicht aussteuern kann. Für die aber, welche außerhalb der Partei stehen, muß ein solcher an die correcte Confessionalität angelegter politischer Maßstab die Ansicht verstärken helfen, daß es sich für die Leiter und Inspira-toren des Centrums mitunter mehr um die Durchführung politischer Machtanprüche, als um die Vertheidigung kirchlicher Rechte und Freiheiten handelt.“

Stärkeres ist dem Centrum selten gesagt worden.

Die „Karlsruher Zeitung“ veröffentlicht eine Erklärung der badischen Regierung, welche die Gerüchte von einer Ernennung Badens zum Königreiche dementirt. Solche Absichten seien nie, geschäftlich noch persönlich zur Sprache gebracht und den Wünschen und Überzeugungen des Landesherrn, sowie der Regierung durchaus wider. Die Anschauungen, welche Carl Friedreich bei Ablehnung der Königskrone einst leiteten, würden vom Großherzog Friedreich als weises Vermächtnis bewahrt. Wahrscheinlich wird eine ähnliche Bestreitung die Nachfrage erhalten, welche dem „Standard“ aus Baden-Baden zugeht, daß nämlich die deutsche Regierung den Plan habe (oder gehabt habe), das Elsass mit dem Großherzogthum Baden zu einem rheinischen Königreich zu verbinden, während Lothringen zu der preußischen Rheinprovinz geschlagen werden solle. (Vergleiche übrigens die heutige Berliner Correspondenz.)

Wie man in Wien wissen will, soll der König von Italien den Wunsch haben, im Herbst nach Beendigung der italienischen Manöver den Kaiser Franz Josef und den Kaiser Wilhelm zu besuchen. Man fügt jedoch hinzu, daß der König Humboldt nach seinen constitutionellen Gewohnheiten zunächst die Meinung des Ministeriums über diese Besuch hören wolle.

Die italienische Regierung gibt in der „Gazzetta ufficiale“ folgende Erklärung ab: Da die Parteidiskussion vermittelst der Meetings gegen das Garantiegesetz fortduert, hält die Regierung eine offene Kundgebung ihrer Ansichten für angebracht, um Illusionen und Ungewissheiten zu zerstreuen. Die Regierung adtet das Verfassungs- und das Petitionsrecht; sie verhindert und löst öffentliche Versammlungen nicht auf, die den alleinigen Zweck haben, den Einfluß eines Gesetzes auf die allgemeinen Interessen des Landes oder die Frage zu discutiren, ob es gerathen sei, bei dem Parlamente die Abänderung oder Aufhebung dieses Gesetzes zu beantragen. Die Regierung hält sich aber für berechtigt und verpflichtet, gegen Versammlungen einzuschreiten, welche zu ungezüglichen oder die öffentliche Ordnung und die internationalen Beziehungen bedrohenden Thaten führen. Fest entschlossen, die Sicherheit des Papstes, seine Unabhängigkeit und geistige Souveränität ganz und wirtschaftlich zu schützen, wie die Angriffe auf die nationale Einheit und Souveränität zu unterdrücken, mißbilligt und beflagnet sie die Meetings als gefährlich für die höchsten Interessen des Landes und erklärt sie, daß das Garantiegesetz aufrecht erhalten und sich somit in Übereinstimmung halten wird mit den im Jahre 1876 im Namen der zur Gewalt berufenen Linken formulirten Erklärungen, wonach die Garantie, obgleich sie eine Sache der inneren Ordnung, der freiwillig Ausdruck des nationalen Willens sind, dennoch die Natur der organischen Gesetze annehmen haben, deren Wirkamkeit von ihrer Stabilität, nicht von der Annahme oder der Zustimmung eines Andern abhängt.

Gestern haben in Frankreich die Wahlen zur Deputiertenkammer stattgefunden. Aus Paris meldet man, daß dort die Wahlen in vollkommenem stillen und die Stimmen der Berliner Katholiken einzufangen suchten, auf ihren rechten Werth oder vielmehr Unrecht zurückgeführt, und die Katholiken in der Provinz, denen man die Wahl von conservativen Candidaten zumuthet, können es sich ebenfalls merken, daß Herr Stöder nur eine „Burzufstellung“

Wahlen notwendig. Die Republikaner haben bis dahin 28 Sitz gewonnen. Gambetta ist in Belleville gewählt worden.

## Deutschland.

Berlin, 21. August. Bekanntlich war es die „Germania“, welche zuerst die Nachricht verbreitet hat, daß gelegentlich der Reise des Kaisers von Preußen die Erhebung Badens zum Königreich zur Sprache gekommen sei. Als Grund für diese seltsame „Erhebung“ wurde angeführt, daß nach schwedischem Ursus die Heirath des Kronprinzen von Schweden mit der Prinzessin Victoria nur dann in der badischen Residenz gefeiert werden könnte, wenn Baden ebenso wie Schweden ein Königreich sei. Die Nachricht war, wie jetzt eine Mitteilung der „Karlsruher Ztg.“ beweist, keineswegs unbegründet, wie schon daraus hervorgeht, daß man bis heute gewartet hat, um in offizieller Weise die Absicht des Titelwechsels in Abrede zu stellen. Daß der Großherzog von Baden Neigung habe, Etiquette-Rücksichten der bezeichneten Art durch Annahme des Königstitels Rechnung zu tragen, hat freilich wohl Niemand geglaubt. Die Berufung auf das Beispiel des Großherzogs Karl Friedreich, des ersten Großherzogs von Baden, konnte Manchem überflüssig erscheinen; zur Zeit des Großherzogs Karl Friedreich stand der Königstitel höher im Curse als heute, wo die Stellung Badens als Mitglied des deutschen Reiches weder nach außen noch innen durch die Erhebung zum Königreich gewonnen haben würde. Die Erklärung der badischen Regierung beweist, daß die Schwierigkeiten, welche bezüglich der Vermählungsfeier bestanden haben mögen, nunmehr beseitigt sind. —

Die Frage, an welchem Termine die Neuwahlen zum Reichstag stattfinden sollen, ist in der That während der Anwesenheit des Reichskanzlers zur Entscheidung gelangt, und wenn der Wahlgang noch nicht bekannt gemacht wird, so hat das, wie man sagt, lediglich darin seinen Grund, daß man der Aufführung Rechnung tragen will, der folgende das Mandat des letzten Reichstags erst am 9. September, des ersten Zusammentriffs derselben abläuft. Nach dieser Auffassung wird der Ausschreibung der Neuwahlen vor dem 9. September die Auflösung des letzten Reichstags vorhergehen müssen. Die Publikation des Wahltermins wäre demnach erst nach dem 9. September zu erwarten. Die Erwägungen über den geeigneten Zeitpunkt für die Wahlen haben zu dem Ergebnis geführt, dieselben bis in die letzten Tage des Oktober hinauszuschieben. Die Rücksicht auf den Zusammentriff der preußischen Provinzialjunta den über die entsprechend geplanten, aber diejenige auf die ländliche Bevölkerung. Man will eben warten, bis in allen Landesteilen die Geschäfte vollständig zum Abschluß gekommen sind. Die Erwartung, daß bei der Anwesenheit des Reichskanzlers über die Wiederbeschaffung der Stelle des Vicepräsidenten des preußischen Staatsministeriums Belißus gefaßt werden würde, ist bis jetzt wenigstens nicht in Erfüllung gegangen. Doch ist es, daß die Ernennung eines Nachfolgers des Grafen Otto zu Stolberg nicht mehr lange auf sich warten lassen würde. Vorläufig ist der Minister der öffentlichen Arbeiten Herr Maybach mit der Führung der Präsidialgeschäfte beauftragt. — Während die „R. A. Ztg.“ seit dem Unglück, welches ihr mit dem Excerpt aus der Broschüre „Wohin steuert Fürst Bismarck?“ passiert ist, etwas schweigsamer geworden ist, vergnügt sich die „Post“ mit der Verarbeitung des seitlichen Gedankens, daß nicht von Seiten des Fürsten Bismarck, sondern von Seiten der Fortschrittspartei eine Diktatur in Sicht sei. Die Fortschrittspartei kann sich eigentlich nicht einmal darüber beklagen, wenn der „Post“ eine Diktatur Eugen Richters vor Kurzem an die „Kölner Ztg.“ richtete, indem er schrieb: „Die Besorgnis, daß die Wahlen eine reaktionäre Mehrheit ergeben könnten, liegt nahe, während eine vom Fortschritt beherrschte Mehrheit nicht entfernt in Aussicht steht. Daß die Lage in der Zwischenzeit eine andere geworden sei, wird auch die „Post“ nicht behaupten wollen. Der Ruf „der Wolf kommt“ wird demnach die Liberalen nicht in das conservative Fahrwasser treiben.“

Berlin, 21. August. Fürst Bismarck soll beabsichtigen, in diesem wie im vorigen Jahre seine Thätigkeit während des Landaufenthalts hauptsächlich der Ausführung seiner wirthschaftlichen Pläne zu dienen. Es gehört dahin in erster Reihe die Umarbeitung des Arbeiter-Unfall-Versicherungsgesetzes und in der That ein Arbeiter-Invaliden-Gesetz. Der Kanzler dürfte zu diesem Behufe, wie aus ihm nahestehenden Kreisen verlautet, schon in nächster Zeit namhafte Männer empfangen, mit denen über diese Fragen zu konferieren. Von den genannten Entwürfen wird jedoch nur das Unfallsgebot bereits den nächsten Reichstag beschäftigen. — Die Besorgnis der ultramontanen Presse über die staatliche Anerkennung des neuen Bischofs in Trier, Dr. Korum, erheben völlig Holtlos und werden stellenweise für eine Comödie gehalten. Die ganzen Verhandlungen, welche der Ernennung des Bischofs vorangingen und über welche die ultramontane Presse in der That unterrichtet zu sein in der Lage ist, schließen die Verlagerung einer staatlichen Anerkennung aus. Richtig ist, daß über die Angelegenheit unterhandelt wird, aber ebenso richtig, daß man im Augenblick entgegenstehende Schwierigkeiten durchaus noch nicht bestätigt hat.

WTB. Berlin, 21. August. Der Botschafter Graf Haßfeld ist gestern Abend abgereist, um einen vor längerer Zeit bewilligten Urlaub anzureisen. Die Zeitungsmeldung, daß er nach Konstantinopel zu Überredigung seines Abberufungsschreibens geistet sei, ist unrichtig. In Betreff des Verfassers der Canossa-Artikel in der „Allg. Ztg.“ hatte die „N. A. Ztg.“ geschrieben: „Es wäre nachgerade an der Zeit, die Suche nach dem Verfasser, der so gut wie der Autor irgend eines anderen Zeitungsartikels das Recht hat, anonym zu bleiben, aufzugeben.“ Dazu sagt die „N. Allg. Ztg.“: „Wir glauben, daß die „Nat. Ztg.“ sich in diesem Falle irr. Der Verfasser eines beliebigen Zeitungs-

artikels mag berechtigt sein, anonym zu bleiben, wenn er rein sachlich polemisiert. Wenn er aber seine Person vorbringt, wenn er sich als Vertrauter von Fürsten und Ministern vorstellt und von seinen Verbindungen mit der „Wilhelmsstraße“ spricht, um seinen Äußerungen Gewicht zu verleihen, so hat man das Recht, die persönliche Autorität prüfen zu wollen, die als Beweismittel vorgezogen wird.“ — Daraus ist zu schließen, daß man auch in den Kreisen, aus denen die „N. A. Z.“ ihre Inspirationen bezieht, die sonst vielfach vorbereitete Muthmaßungtheil, jene mahnenden Artikel seien von einer Stelle aus veranlaßt worden, welche noch über den Regionen steht, in denen die bisher fälschlich als Verfasser Bezeichneten sich befinden.

\* Bei dem Aufenthalte des Kaisers in Kiel wird an der Seite desselben die Prinzessin Wilhelm die Honneurs machen. Prinz Wilhelm wird die Manöver des Garde-Corps bis gegen den 10. September mitmachen und sich dann mit seiner Gemahlin nach Holstein in das kaiserliche Hauptquartier begeben.

\* Durch die Ernennung des Staatsministers a. D. Graf Eulenburg zum Ober-Präsidenten der Provinz Hessen-Nassau ist das Mandat desselben zum Abgeordnetenhaus für den Wahlkreis Bunsau-Löwenberg erloschen. Man darf gespannt darauf sein, ob derselbe eine neue Wahl wieder annehmen wird, und, wenn es geschieht, wie er sich zu den Vorlagen auf dem Gebiete der inneren Verwaltung stellen wird, welche sein Nachfolger im Ministerium nach der durch den Fürsten Bismarck in der letzten Session gegebenen Directive ausarbeiten wird.

\* Die praktischen Judenheze im Osten scheinen doch eine gewisse Wirkung in die Ferne auszuüben. In der letzten Versammlung des hiesigen „Deutschen Reichsvereins“, d. h. der Antisemiten, wies der Vorsitzende, Dr. Liebermann v. Sonnenberg, die Anregung aus der Versammlung, ein Telegramm an den Reichskanzler zu schicken, mit der lazonischen Wendung zurück: „Es ist genug telegraphiert worden.“ Sollte dem Reichsangler dieser telegraphische Verfehl „unbekannt“ geworden sein?

\* In Gera starb am 17. der Abgeordnete des ersten Geraer Wahlkreises, Dr. med. Gustav Behr, im 77. Lebensjahr. Derselbe gehörte der Fortschrittspartei an und war bereits im Jahre 1848 Landtagsabgeordneter.

\* In Leipzig, Tagebl., finden wir die nicht uninteressante Notiz, daß als Präsident der letzten evangelisch-lutherischen Landesynode ein Mann fungirte — Kammerherr v. Behmen auf Staupitz — der seiner katholischen Gemahlin wegen seiner sämtlichen Kinder katholisch hat erziehen lassen.

\* Der „Frz. Bzg.“ ist ein von der Garnisonverwaltung zu Aachen abgeschlossener Submissionsvertrag zugelangt worden, dessen 19 gedruckten Paragraphen ein zwanzigster handschriftlich zugefügt ist, der folgenden Wortlaut hat: „Unternehmer darf bei Ausführung des ihm übertragenen Geschäftes keine Person verwenden, die Mitglied eines von der Polizei auf Grund des Gesetzes gegen die gemeinfährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1870 verbotenen Vereins war, oder die gegen sozialistischer Tendenzen, sei es von einer anderen öffentlichen Verwaltung sei es von einem größeren Privat-Etablissement aus ihrem Wirkungskreis entlassen worden ist, oder die offenkundig als Hobbypänger der Sozialdemokratie auftaucht, z. B. für deren Bestrebungen nicht oder sammelt Unternehmer aus, sofern sie sich herausstellt, daß die eine oder andere der von den genannten Personen unter einer der bezeichneten Klassen fällt, die selbe sofort jedenfalls auf Verlangen der beobachteten Behörde, unter Angabe des Grundes entlassen.“

\* Auf dem Wallstraße gab es zwischen dem liberalen dem bisherigen Abgeordneten Pfüger, weil er zu den Secessionisten gehört, den Landtagsabgeordneten Döhlum entgegengestellt. Selbst der „Schw. Bzg.“ scheint diese Aufführung nicht zu billigen, da er die Befürchtung ausspricht, daß sie den Ultramontanen und Conservativen zu Güte kommen könne.

\* Das Kanonenboot „Siltis“ (4 Geschütze, Com-mandant Cpt.-Lt. Klaus) ist am 1. Juli cr. in Amoy und die Glatte-Corvette „Tren“ (8 Geschütze, Com-mandant Cpt. v. Lepel-Gnig) am 20. August cr. in Abo angelommen.

\* Kiel, 20. August. Gestern traf das deutsche Panzergeschwader, von der Nordsee kommend, im Kieler Hafen ein. Dasselbe wird bis zum 29. d. M. dafelbst verbleiben, alsdann eine Übungsfahrt nach der Neustädter Bucht unternehmen und sich von dort nach wenigen Tagen in die Eckernförder Bucht begeben, woselbst es längere Zeit verbleiben wird. Gestern wurde in der Eckernförder Fähre ein größeres Landungsmanöver ausgeführt.

Mainau, 20. August. Der Kronprinz von München, 19. August. In verläßlicher Weise erfährt ein Correspondent der „Frz. Bzg.“, daß die Nachricht, König Ludwig sei mit Begleitung nach Paris abgereist, die Begründung entbehrt. Der König verweilt gegenwärtig auf dem Hofhof, wo er auch seinen Geburts- und Namenstag feiern wird. Eine Reise nach Paris ist überhaupt nicht beabsichtigt. — Die Einberufung des Landtags wird in den letzten Tagen des nächsten Monats erfolgen.

### Schweden.

Stockholm, 17. August. In Übereinstimmung mit dem Antrage des Reichstages hat die Regierung eine neue Verordnung erlassen, welche Lotterien und ähnliche Unternehmungen, sowie den Verkauf von Lotosen, sowohl für Rechnung in- wie ausländischer Lotterien verbietet.

### England.

London, 20. August. Im Unterhause kündigte gestern Parnell an, er würde demnächst die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Biedererhaftung Michael Davitt's lenken und den Antrag stellen, daß die von demselben bereits ausgehandelte Strafe für sein Vergehen hänglich sei und er Anspruch auf Begnadigung besitze. Anläßlich der Beratung des Ausschusses für Irland beantragt Biggar die Streichung des Gehaltes des Staatssekretärs für Irland. Er verklüpft damit einen heftigen Angriff gegen Herrn Forster, dem er nicht allein Pflichtver-nachlässigung, sondern auch Unfähigkeit für das von ihm bekleidete wichtige Amt zum Vorwurf macht. Parnell folgt mit einer ähnlichen Tirade gegen den irischen Staatssekretär. Er behauptet, Forster regiere Irland wie ein russischer Despot. So lange aber Irland vom englischen Parlament, welches zum größeren Theile von Vertretern aus England und Schottland, welche die Bedürfnis Irlands nicht kennen, beherrscht werde, sei an eine Besetzung der Zustände Irlands nicht zu denken. Forster verteidigt sich mit dem Bemerken, daß er sein Bestes gethan habe. Er sei überzeugt, daß die Ungunst, mit welcher Irland den irischen Volk jetzt betrachtet, mit der Zeit verschwinden und günstigeren Gefühlen Platz machen werde. Sir J. C. Wilmet, Cropper und Warton vertheidigen Forster, worauf Biggar seinen Antrag zurückzieht. — Wie der „Standard“ erfährt, werden der Sprecher, der Sekretär des Unterhauses und andere Autoritäten während der Parlamentsseiten Vorschläge zur Verbesserung der Geschäftsordnung des Hauses

der Gemeinen vorbereiten. Diese Vorschläge werden sodann dem Kabinett unterbreitet.

### Frankreich.

Paris, 20. August. Für den morgigen Wahltag werden in Belleville gewaltsame Unternehmungen seitens der Dumultuanten befürchtet. Demzufolge organisierte die Anhänger Gambetta's eine Art Vigilance-Comité, während die Polizei ihrerseits die nötigen Vorsichtsmaßregeln trifft. — Das Kriegsministerium beschloß die Abchaffung der Kürasse und Umwandlung der 12 Kürassierregimenter in Dragoner. Die Schwärmer für Militäromantik bestimmen die Maßregel.

\* Aus Tunis vom 19. d. wird telegraphirt: In Susa sind neue Unruhen ausgebrochen, in denen vier Europäer getötet wurden. Wie es heißt, sei eine Landungscompagnie des englischen Kriegsschiffes „Monarch“ ans Land gesetzt worden, um die Europäer zu schützen. Das französische Kanonenboot „La Francaise“ fuhr von hier nach Mehedia ab, um dem Kriegsschiff „Alma“ Befehl zu bringen, nach Sufa zu fahren. Die Araber wurden durch die Entfernung der Kriegsschiffe zum Aufstande ernthutigt.

### Rußland.

Petersburg, 18. August. Der Wiener „Bzg.“ versichert, Ignatiow solle sofort nach Berübung des durch Agitatoren aufgewühlten Volkes ohne jeden Eclat die Emancipation der Juden aussprechen, indem er alle die Juden beschränkenden Gesetze aufhebe, aber auch alle mosaischen Sonderrechte, als Schächteuer, Rabbinatsgerichte, aufheben wird. Den jüdischen Ackerbau-Coloniken werden bereits Territorien zu vollkommen gleichen Bedingungen überwiesen wie den christlichen Kroncolonisten.

— 20. August. Zwei hohe Beamte des Medicinaldepartements sind laut einer Mitteilung der „Nowoja Wremja“ verhaftet worden wegen eines im großartigen Umfang betriebenen Stellenschwindels mit Arzten.

### Rumänien.

Bukarest, 19. August. Der „Romanul“ sagt über den hier bekannt gewordenen Beschuß der Generalversammlung der rumänischen Eisenbahngesellschaft, daß nunmehr die letzte Formalität erfüllt und daß die Verlegung des Siges der Gesellschaft nach Bukarest durch nichts mehr gehindert sei.

### Amerika.

Newyork, 18. August. Die Apache-Indianer setzen ihre mörderischen Einfälle an der Grenze von Neu-Mexico fort und werden von Bundesstruppen verfolgt. Es ist indeß die Meldung eingelaufen, daß die Mitglieder der wissenschaftlichen Expedition von der Universität des Staates Kansas, welche von den Indianern gefangen genommen wurden, sich noch am Leben befinden.

Buenos-Ayres, Mitte Juli. Die Glattebede-corvette der deutschen Kriegsmarine „Victoria“, Commandant Corvettenkapitän Valois, mit 11 Offizieren und einer Besatzung von 230 Mann ist, nach vierzehntägigem Aufenthalt in Montevideo, vor wenigen Tagen in der Nähe von Buenos-Ayres vor Anker gegangen. Der hiesige deutsche Turnverein gab zu Ehren des Commandanten und des Offiziercorps eine Feierlichkeit in dem mit argentinischen, deutschen und österreichischen Flaggen geschmückten Saale. Dem Banket wohnten alle angesehenen Mitglieder der deutschen Colonie bei. „Victoria“ kehrte bald wieder nach Montevideo zurück, hat im Hafen der brasilianischen Hauptstadt bis Ende September Station zu nehmen und wird im Oktober die Reise nach Venezuela und Westindien forschten. Es soll noch constatirt werden, daß der Commandant der „Victoria“, Corvettenkapitän Valois, und das Offiziercorps derselben besonders hervorheben, daß sie mit der Besatzung der zweitjüngsten Schiffe „Cupido“ und „Brig“ in besten cameradschaftlichen Beziehungen standen.

Danzig, den 22. August.

\* [Telegraphisches Wetter-Prognostikon der deutschen Seewarte für Dienstag, den 23. August.] Wüthiges etwas wärmeres Wetter mit veränderlicher Bewölkung, etwas Regen.

Für heute (Montag) stellte das gestrige Telegramm in Aussicht: Kühles, veränderliches Wetter mit Niederschlägen und mäßiger Luftbewegung.

\* Wie nunmehr definitiv bestimmt ist, wird der Kaiser während seiner Theilnahme an dem Cavallerie-Manöver nicht, wie früher beabsichtigt war, in dem von Manöver-Terrain sehr entfernt liegenden primitiven Schloß Flatow, sondern auf Schloß Jacobssdorf bei Fürth, Hrn. v. Livonius gehörig, Quartier nehmen. Der Kaiser trifft am 8. September, Abends 7 Uhr, auf Bahnhof Fürth ein und bezieht sofort das erwähnte Schloß. Am 9. September, Morgen 9 Uhr: Ausbruch zu Wagen bis Oklas, wo die Reitpferde stehen; 9½ Uhr Übungen der beiden Cavallerie-Divisionen in dem Terrain bei Oklas; Nachmittags 12½ Uhr Rückkehr; um 5 Uhr kleines Diner in Jacobssdorf. Am 10. September Morgens 8½ Uhr Ausbruch zu Wagen bis Gersdorf, wo die Reitpferde stehen; um 8½ Uhr Beginn der Übungen in dem Terrain zwischen Gersdorf und Hemmisdorf; Mittags 11½ Uhr Rückkehr zu Wagen nach Jacobssdorf und von dort eine Stunde später Absatz nach Station Fürth. Dejuner dinatoire im Eisenbahn-Stationsgebäude in Fürth. Nachmittags 2½ Uhr Abfahrt nach Berlin. Im Gefolge des Kaisers werden sich 67 Personen, meist Militärische, befinden. Wahrscheinlich ist auch die Anwesenheit des Kronprinzen und mehrerer anderer Prinzen des preußischen Königshauses, ferner einer Anzahl deutscher sowie fremder Fürstlichkeiten, darunter des Kronprinzen von Schweden und des Königs von Rumänien, und endlich werden noch Offiziere verschiedener auswärtigen Staaten sich einfinden.

\* Nachdem aus dem Nachlaß des zu Wiesbaden verstorbenen Fräulein Luise Abegg durch die Testaments-Executoren, Geh. Räthe Dr. Abegg hier selbst und Dr. Märklin zu Wiesbaden, ca. 30.000 M. verschiedene gemeinnützige Anstalten und Vereinen als Geschenke zugewendet worden, haben, wie wir vernehmen, die Testaments-Executoren dieser Tage auch der Commune Danzig zwei Kapitalien im Betrage von 125 000 und 150 000 M. zu Stiftungen überwiesen, deren Zinsen zur Unterstützung Nothleidender, zur Förderung von Bildungsanstalten und zu ähnlichen gemeinnützigen Zwecken, ferner einer Anzahl deutscher sowie fremder Fürstlichkeiten, darunter des Kronprinzen von Schweden und des Königs von Rumänien, und endlich werden noch Offiziere verschiedener auswärtigen Staaten sich einfinden.

\* Nachdem aus dem Nachlaß des zu Wiesbaden verstorbenen Fräulein Luise Abegg durch die Testaments-Executoren, Geh. Räthe Dr. Abegg hier selbst und Dr. Märklin zu Wiesbaden, ca. 30.000 M. verschiedene gemeinnützige Anstalten und Vereinen als Geschenke zugewendet worden, haben, wie wir vernehmen, die Testaments-Executoren dieser Tage auch der Commune Danzig zwei Kapitalien im Betrage von 125 000 und 150 000 M. zu Stiftungen überwiesen, deren Zinsen zur Unterstützung Nothleidender, zur Förderung von Bildungsanstalten und zu ähnlichen gemeinnützigen Zwecken, ferner einer Anzahl deutscher sowie fremder Fürstlichkeiten, darunter des Kronprinzen von Schweden und des Königs von Rumänien, und endlich werden noch Offiziere verschiedener auswärtigen Staaten sich einfinden.

\* Endlich sind nunmehr auch die Erdarbeiten der Loipe der Weichselstädtebahn von Stuhmendorf bis Willenberg zu Mitte September d. J. in Submission ausgeführbar worden. Die etwa 2 Meilen lange Strecke soll in 2 Loopen vergeben werden; hierbei sind etwa 130 000 Kubikmeter Boden auszuschachten und anzufüllen. Die Maurerarbeiten, welche für die ganze obige Strecke ausgedrückt werden, sind, erfordern die Herstellung von 650 Kubikmetern Mauerwerk. Die Erdarbeiten dieser Loipe werden voraussichtlich im Laufe des Monats September in Angriff genommen werden. Für den Kreis und

die Stadt Stuhm ist der Beginn der Arbeiten von sehr grohem Vorheil, da die im Bau begriffene Chaussee von Stuhm nach Altmark in einigen Wochen fertig gestellt sein wird. Hierdurch werden dann mehrere Hundert Arbeiter brödeln, welche durch den voraussichtlich Mitte September beginnenden Eisenbahnbau bei Stuhm wieder Beschäftigung finden können. Ueber den Beginn des Baues der Strecke von Sedlitz bis Höhfeld und von Willenberg bis Marienburg verlautet noch nichts.

\* Bezüglich der bevorstehenden Übungen der Eisgräfereisen ist darauf hinzuweisen, daß nach dem Reichs-Militärgesetz vom 6. Mai 1880 jungen Leuten von Bildung, welche sich während ihrer Erziehung zum Dienst selbst herlebten, ausfrüchten und verpflegen, vorausgesetzt, daß sie die gewonnenen Kenntnisse nachweisen können, für die erste Übung die Wahl unter den entsprechenden Truppenteilen freistehet, welchen für das betreffende Jahr die Eisgräfereisen übertragen ist. Ferner steht den übungspflichtigen Eisgräfereisen beim Dolwaten dringender häuslicher oder Familienvorhängen ein Antrag auf Verschiebung oder gänzliche Entbindung von dieser Übung zu; doch werden nur solche Anträge berücksichtigt, welche unter Vorlegung obrigkeitslicher Urteile bei dem betreffenden Bezirksfeldwebel eingereicht werden.

\* Eine von einem Schiedsmann erlassene Verordnung zu dem in einer Bekleidungsläche vom Schiedsmann anberaumten Vergleichstermin bedarf nach einem Erkenntnis des Reichsgerichts vom 28. Juni d. J. keiner besonderen Form der Zuthellung. Sie kann überall, auch außerhalb der Wohnung des Adressaten, diesem beständigt werden.

\* Die Cession einer Hypothekforderung an einen Kaufmann als Erfüllung eines handels-

gerichtlichen Abkommens derselben bedarf nach einem Erkenntnis des Reichsgerichts vom 11. Juli 1881 keiner Schriftform, vielmehr genügt zur Übertragung der Hypothek die Übereignung des Hypotheken-Documents seitens des Ceden ten an den Cessionator mit der mündlichen Erklärung, daß er damit dem Cessionator die Forderung überträgt und die Annahme dieser Erklärung seitens des Cessionator. Die mündliche Cession genügt unter den erwähnten Voraussetzungen selbst dann, wenn der Ceden zu Zeit der Cession nicht Kaufmann gewesen ist.

\* Dem Gerichtsdienner und Gefangenwärter a. D. Podwilz zu Danzig, bisher zu Oirschau, ist das allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

\* An den bestens höheren Lehramtaulen werden die Ober-Abiturientenprüfungen Mitte September stattfinden. Für das städtische Gymnasium ist die mündliche Prüfung bereits auf den 14. September anberaumt, am folgl. Gymnasium wird sie am Tage vorher oder am Tage nachher stattfinden.

\* Die letzten Regentage haben der im Allgemeinen befriedigenden Ernte in der Neuburg und dem Danziger Werder über recht erheblichen Schaden zugesetzt. Wie uns mitgetheilt wird, zeigen Weizen und Gerste starken Auswuchs, und die letztere ist da, wo sie sich sehr gelagert hat, sogar schon auf dem Salm ausgewachsen.

\* Den Schülern der hiesigen Taubstummenanstalt sowie den Mitgliedern des Taubstummen-Vereins wurde gestern eine große Freude bereitet. Herr Circus-Director Wulff gestaltete nämlich den Taubstummen-Clown des Cessionator mit der mündlichen Erklärung, daß er damit dem Cessionator die Forderung seitens des Cessionator. Die mündliche Cession genügt unter den erwähnten Voraussetzungen selbst dann, wenn der Ceden zu Zeit der Cession nicht Kaufmann gewesen ist.

\* Den Schülern der hiesigen Taubstummenanstalt sowie den Mitgliedern des Taubstummen-Vereins wurde gestern eine große Freude bereitet. Herr Circus-Director Wulff gestaltete nämlich den Taubstummen-Clown des Cessionator mit der mündlichen Erklärung, daß er damit dem Cessionator die Forderung seitens des Cessionator.

\* Die letzten Regentage haben der im Allgemeinen befriedigenden Ernte in der Neuburg und dem Danziger Werder über recht erheblichen Schaden zugesetzt. Wie uns mitgetheilt wird, zeigen Weizen und Gerste starken Auswuchs, und die letztere ist da, wo sie sich sehr gelagert hat, sogar schon auf dem Salm ausgewachsen.

\* Den Schülern der hiesigen Taubstummenanstalt sowie den Mitgliedern des Taubstummen-Vereins wurde gestern eine große Freude bereitet. Herr Circus-Director Wulff gestaltete nämlich den Taubstummen-Clown des Cessionator mit der mündlichen Erklärung, daß er damit dem Cessionator die Forderung seitens des Cessionator.

\* Den Schülern der hiesigen Taubstummenanstalt sowie den Mitgliedern des Taubstummen-Vereins wurde gestern eine große Freude bereitet. Herr Circus-Director Wulff gestaltete nämlich den Taubstummen-Clown des Cessionator mit der mündlichen Erklärung, daß er damit dem Cessionator die Forderung seitens des Cessionator.

\* Den Schülern der hiesigen Taubstummenanstalt sowie den Mitgliedern des Taubstummen-Vereins wurde gestern eine große Freude bereitet. Herr Circus-Director Wulff gestaltete nämlich den Taubstummen-Clown des Cessionator mit der mündlichen Erklärung, daß er damit dem Cessionator die Forderung seitens des Cessionator.

\* Den Schülern der hiesigen Taubstummenanstalt sowie den Mitgliedern des Taubstummen-Vereins wurde gestern eine große Freude bereitet. Herr Circus-Director Wulff gestaltete nämlich den Taubstummen-Clown des Cessionator mit der mündlichen Erklärung, daß er damit dem Cessionator die Forderung seitens des Cessionator.

\* Den Schülern der hiesigen Taubstummenanstalt sowie den Mitgliedern des Taubstummen-Vereins wurde gestern eine große Freude bereitet. Herr Circus-Director Wulff gestaltete nämlich den Taubstummen-Clown des Cessionator mit der mündlichen Erklärung, daß er damit dem Cessionator die Forderung seitens des Cessionator.

\* Den Schülern der hiesigen Taubstummenanstalt sowie den Mitgliedern des Taubstummen-Vereins wurde gestern eine große Freude bereitet. Herr Circus-Director Wulff gestaltete nämlich den Taubstummen-Clown des Cessionator mit der mündlichen Erklärung, daß er damit dem Cessionator die Forderung seitens des Cessionator.

\* Den Schülern der hiesigen Taubstummenanstalt sowie den Mitgliedern des Taubstummen-Vereins wurde gestern eine große Freude bereitet. Herr Circus-Director Wulff gestaltete nämlich den Taubstummen-Clown des Cessionator mit der mündlichen Erklärung, daß er damit dem Cessionator die Forderung seitens des Cessionator.

\* Den Schülern der hiesigen Taubstummenanstalt sowie den Mitgliedern des Taubstummen-Vereins wurde gestern eine große Freude bereitet. Herr Circus-Director Wulff gestaltete nämlich den Taubstummen-Clown des Cessionator mit der mündlichen Erklärung, daß er damit dem Cessionator die Forderung seitens des Cessionator.

\* Den Schülern der hiesigen Taubstummenanstalt sowie den Mitgliedern des Taubstummen-Vereins wurde gestern eine große Freude bereitet. Herr Circus-Director Wulff gestaltete nämlich den Ta



